



Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und Umwelt
Abteilung II Integrativer Umweltschutz –
II A 3 – / Stichwort „Stilllegung BER II“
Brückenstraße 6
10179 Berlin

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Einwendungen zur geplanten Stilllegung und zum Abbau des Berliner Experimentierreaktors nach § 7 Abs. 3 des Atomgesetzes gemäß
<https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/atom-und-strahlenschutz/atomrechtliche-behoerden/stilllegung-ber-ii/>

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o. g. Genehmigungsverfahren erheben wir im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung folgende Einwendungen:

Die Sicherheitsmaßnahmen bei Stilllegung und Rückbau des Reaktors sind vorrangig an einer möglichst geringen radioaktiven Belastung der Umgebung und der Bevölkerung auszurichten. Es gibt derzeit jedoch kein plausibles Entsorgungskonzept und es ist zu befürchten, dass kontaminierte Materialien unsachgemäß „entsorgt“ werden.

Weiterhin ist zu befürchten, dass radioaktive Stoffe beim Rückbau des Reaktors mit der Luft verbreitet werden. In beiden Fällen sind Natur und Umwelt gefährdet, da die Verbreitung von radioaktiven Stoffen über Mülltransporte und über den Luftweg auch weiträumig erfolgen können..

Entsprechend ist das Vorgehen so zu konzipieren, dass Störfälle und der Austritt von Radioaktivität ausgeschlossen werden.

Zu prüfen ist, ob der Rückbau des Reaktors derzeit sinnvoll und sicher durchgeführt werden kann. Die Erfahrungen bei Rückbauverfahren anderer Reaktoren (z. B. AKW Obrigheim) sind umfassend zu berücksichtigen. Der möglichst sichere Einschluss für 30 Jahre nach der Stilllegung des Reaktors kann ggf. ermöglichen, dass mit neuen Techniken und neuem Wissen nach 2056 der Rückbau „sicherer“ durchgeführt werden kann. Jeglicher vor Ort angefallene und noch anfallende Atommüll jeglicher Art ist vor Ort zu lagern, bis es eine sichere (!) Endlagermöglichkeit gibt. Unnötige Transporte sind zu unterbinden. Atommülltransporte in das Atommüll-Lager Ahaus würden die Bevölkerung an der Transportroute und in Ahaus / im Münsterland gefährden. Angesichts der Transportrisiken lehnen wir sie generell ab.

Wir bedauern, dass die Auslegung der Unterlagen über die Weihnachtsfeiertage / den Jahreswechsel erfolgt ist. Damit wurde die faktische Zeit, in der sich Betroffene mit der Thematik hätten beschäftigen können, grundlos eingeschränkt.

Zur Vermeidung weiteren Atommülls fordern wir die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, insbesondere der Uranfabriken in Gronau und Lingen. Die se Forderung kann und sollte auch von ihnen unterstützt werden.

Wir behalten uns vor, diese Einwendungen im weiteren Verfahren näher zu konkretisieren und zu erweitern. Wir beantragen, dass die zuständige Behörde uns Ort und Zeit des Erörterungstermins mindestens einen Monat vorher schriftlich mitteilt.

Weiterhin beantragen wir, dass wir über alle weiteren Schritte im Beteiligungsverfahren informiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Buchholz, BBU-Vorstandsmitglied